

In den letzten Jahren waren Wettbewerb und Privateigentum die Leitwerte in den westlichen Demokratien. Gemeinschaftseinrichtungen und öffentliches Eigentum wurden gering geschätzt, kaputtgespart, verkauft oder aufgelöst. Der Neoliberalismus möchte den Staat bis auf das Skelett abmagern: Justiz, Polizei, Militär, Regierung. Alles andere, von der Schule bis zum Spital, von der Trinkwasserversorgung bis zu Bahn und Wald, soll privatisiert und über den Markt geregelt werden. In dieser Radikalität ist diese Entwicklung neu, historisch bestanden verschiedene Formen des Gemeinschaftseigentums. Allmende bedeutet mittelhochdeutsch »was allen gemein ist« und bezeichnete in der Regel ein Stück Wald oder eine Weide, die allen DorfbewohnerInnen gehörte und von allen genutzt werden konnte. In diesem Kapitel soll es nicht um die Wiederherstellung von Dorfweiden gehen, sondern um die Idee der öffentlichen Güter, die von allen Menschen mit staatsbürgerlichem Rechtsanspruch (auch ohne Kaufkraft) genutzt werden können. Mit einigen Innovationen könnten sie zu einer tragenden Säule der Demokratie werden.

Moderne Allmenden sehen zum Beispiel so aus: Trinkwasserversorgungsbetriebe, Gesundheitszentren, Schulen, Universitäten, Straßen, öffentlicher Verkehr, Schwimmbäder, Seniorenheime, Saatgutbörsen, Internet, Wald. Zum Teil gibt es sie noch, zum Teil können sie auch noch von allen unentgeltlich genutzt werden. Die Tendenz ist aber, dass sie nach den Regeln des freien Marktes organisiert werden. StaatsbürgerInnenrechte werden durch Liberalisierung und Privatisierung zu Konsumgütern. Privatisierung kommt vom lateinischen »privare« und bedeutet »rauben«. Das trifft es genau: Die Öffentlichkeit wird enteignet.

Enteignung ist nicht ohne Widerstand durchzuführen, deshalb bedarf es mächtiger Hebel. Die Neoliberalen bedienen sich

eines ökonomischen und eines ideologischen Hebels. Der ökonomische Hebel sind die leeren Staatskassen. Diese wurden durch neoliberale Wirtschaftspolitik – freier Kapitalverkehr, Hochzinspolitik, Steuerwettbewerb – gezielt hergestellt. Angesichts leerer Staatskassen trifft der ideologische Angriff den Staat ins Mark: Die leeren Staatskassen seien ein Ausweis der »Ineffizienz« des Staates, weshalb er sich zurückziehen und dem »effizienteren« Markt das Feld überlassen solle. Das machen gegenwärtig fast alle Regierungen. Die neoliberale Spar- und Kürzungsorgie trifft die gesamte Palette der öffentlichen Güter und Dienstleistungen. Ein paar Beispiele:

- Die Deutsche Bahn verkürzte ihr Streckennetz seit 1994 um zehn Prozent. Die Österreichischen Bundesbahnen wollen alle Strecken stilllegen, die nicht »mindestens 100 Prozent Kostendeckung« aufweisen. Auf der unmittelbaren Schließungsliste stehen 52 Nebenbahnen. Beide sind auf dem Weg zur Aktiengesellschaft.
- Die Universitäten werden in die Autonomie entlassen und gleichzeitig finanziell ausgehungert. Die Betroffenen bezeichnen das als »Entlassung in die Selbstverwaltung des Mangels«. Die Universität Innsbruck hat zu streichen begonnen: Vergleichende Literaturwissenschaft, Griechisch, Latein-Lehramt, Sprachwissenschaft und Ethnologie.
- Die Österreichische Post machte in zwei Schließungswellen 2002 und 2005 mehr als 1000 Postämter dicht.
- In Deutschland beginnen Schulen zu verfallen. In Österreich machen Volksschulen reihenweise dicht. Zum einen aufgrund der sinkenden Kinderzahl. Zum anderen aus schlichtem Geldmangel.
- Im Gesundheitssystem beginnen massiv Leistungskürzungen. Nicht nur neue, teure Leistungen werden von der Aufnahme in den Leistungskatalog der Krankenkassen ausgeschlossen (Krebsforschung), sondern auch schon bestehende, bisher leistbare: Krankentransporte, Brillen, Zahnersatz ...
- Städte und Kommunen können in Deutschland infolge sinkender Steuereinnahmen ihren zahlreichen Aufgaben nicht

mehr nachkommen. Die Investitionen lagen 2003 um 35 Prozent unter dem Niveau von 1992. Der Essener Oberbürgermeister spricht von der »schwersten Finanzkrise der Städte seit dem Bestehen der Bundesrepublik«¹.

Die Sparorgie ist zwar schon weit fortgeschritten und die Auswirkungen beginnen allorts sichtbar zu werden, und dennoch war das erst der Anfang. Deutschlands Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) möchte den Staat so schlank machen wie zuletzt 1973.² Noch radikaler sind die Pläne der österreichischen Bundesregierung, die die Staatsquote von 42 auf 33 Prozent senken will. Das wären um gut 20 Prozent weniger Staat und damit um 20 Prozent weniger öffentliche Schulen, Universitäten, Straßen, Spitäler, Kindergärten, Renten et cetera.

Für Neoliberale wäre das kein Problem, sondern erfreulich, weil diese Leistungen besser über den freien Markt organisiert werden sollen. Das mache sie billiger und effizienter, werden sie nicht müde zu behaupten. In der Realität kann tendenziell das Gegenteil beobachtet werden: Die Leistungen werden schlechter oder teurer oder beides. Bei genauem Hinsehen verwundert das nicht: Der Staat wurde in den Nachkriegsjahrzehnten bewusst nur in ausgesuchten Bereichen als »Unternehmer« tätig, eben dort, wo Wettbewerb und Gewinnlogik nicht die bestimmenden Kriterien sein sollten, sondern Gemeinwohlziele wie Versorgung aller Menschen, höchstmögliche Qualität, Versorgungssicherheit (zum Beispiel Energie, Rente), vorbildliche Beschäftigungsbedingungen und Mitbestimmung sowie weitere demokratische Zielsetzungen wie Umweltschutz oder Nahversorgung. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist die Erreichung dieser Ziele nicht »profitabel«. Sehen wir uns an einigen Beispielen an, was passiert, wenn Allmenden privatisiert werden:³

Trinkwasser. In Großbritannien stiegen die Wasserpreise seit der Privatisierung um durchschnittlich 46 Prozent – obwohl die privaten Betreiber bis zu zwei Drittel der Beschäftigten abbauten und die Infrastruktur so vernachlässigten, dass Krankheiten wie Hepatitis A und Durchfall grassierten. In Cochabamba (Bolivien)

und Tucumán (Argentinien) verdoppelten sich die Preise, in Südafrika stiegen sie um 140 Prozent.

Strom. Als Kalifornien 1998 den Strommarkt liberalisierte, wurde den BürgerInnen in der Präambel des Gesetzes eine 20-prozentige Preisreduktion in Aussicht gestellt. 2001 folgte ein flächendeckendes Blackout nach dem anderen – fünf Monate lang. Die Versorgung konnte erst durch eine 50-prozentige Preiserhöhung normalisiert werden. Auch in London, Skandinavien, Italien und Neuseeland kam es zu Blackouts. Die österreichischen Energieversorger investierten 2003 um ein Viertel weniger als noch 2000.⁴ Mittelfristig ist die Versorgungssicherheit in der EU akut bedroht. Die Preissenkung für Großabnehmer – das Hauptziel der EU-Strommarktliberalisierung – ist der denkbar schlechteste Anreiz zum Energiesparen.

Gesundheit. Die solidarische öffentliche Krankenversicherung in Österreich deckt fast 100 Prozent der Bevölkerung ab. Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem ist – im internationalen Vergleich – sehr hoch. Dieses System kostet die ÖsterreicherInnen acht Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (BIP). In den USA muss sich jeder und jede privat versichern. Das Ergebnis: 16 Prozent der Bevölkerung sind gar nicht krankenversichert, weil sie es sich nicht leisten können. Dennoch kostet das Gesundheitssystem die US-BürgerInnen fast doppelt so viel: 14 Prozent vom BIP.

Post. Seit sich der »Gelbe Riese« in Österreich für den Börsengang fit macht, ziehen die Preise an: Im Mai 2003 wurden mittelschwere Sendungen um bis zu 30 Prozent teurer. (Urlaubs-) Postfächer, die eigentlich unter das Stichwort »Kundenservice« fallen, verteuerten sich gleich um 1000 Prozent. Das ganze bei schlechterer Versorgung: Von den 2300 Postämtern in Österreich sperrte seit 2002 fast die Hälfte zu.

Telekom. Der bisher einzige Liberalisierungserfolg (gesunkene Preise, höhere Qualität) ist mit großer Vorsicht zu genießen. Zum einen zeichnet sich ab, dass die – teils hochverschuldeten – Anbieter zum Oligopol zusammenwachsen, was steigende Preise zur Folge haben wird. Dass Vodafone die Übernahme von Mannesmann von der Steuer abschrieb, ist nur eine Nebengroteske

der Elefantenhochzeit auf Kosten der Allgemeinheit. Zweitens sind GeringtelefoniererInnen schon heute mit höheren Telefonrechnungen konfrontiert als vor der Liberalisierung, weil die Fixkosten gestiegen sind. Drittens sind die Investitionen im Festnetzbereich stark rückläufig, was zu technischen Problemen führen kann. Viertens werden entlegene Gebiete, wie zum Beispiel Bernhardstal im Weinviertel vom Ex-Monopolisten Telekom Austria nicht mehr ans Breitband-Internet angeschlossen. Fünftens wurden in der Branche europaweit 150 000 Jobs abgebaut.⁵ Die Telekom Austria least heute Nachrichtentechniker von Personalleasingfirmen an, die sie zuvor in betriebseigenen Schulen teuer ausgebildet und dann »freigesetzt« hat! Sechstens ist die Frage der Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen des Mobilfunks noch völlig offen. Siebtens ist ungeklärt, ob die Erfolgsdaten – gesunkene Preise, besserer Service – auf die Liberalisierung oder den Technologiesprung zurückgehen. In Großbritannien wurde schon in den Achtzigerjahren liberalisiert, doch erst mit der Mobilfunk-Technologie geriet der Markt in Bewegung. In Uruguay blieb die Telefonie staatlich, mit exzellenten Ergebnissen.

Bahn. Das emblematischste Privatisierungsdesaster ist die britische Eisenbahn. Die Entstaatlichung führte zu unpünktlichen Zügen, höheren Kosten, vernachlässigten Reparaturen und tödlichen Unfällen. Die Infrastrukturgesellschaft Railtrack wurde nur sieben Jahre nach der Privatisierung rückverstaatlicht, weil das Schienennetz völlig im Eimer war. Nach Eigenangaben ist das britische »das schlechteste Bahnsystem der Welt«.

Wald. Die Österreichischen Bundesforste wurden 1997 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Seither ist ein positives und steigendes Betriebsergebnis sowie die Dividende an den Finanzminister das vorrangige Ziel – auch wenn die Unternehmensbrochüren voll mit Nachhaltigkeitsbekenntnissen sind. Die Umwandlung der Allmende Wald in eine Cashcow lässt sich an zahlreichen Phänomenen ablesen. Schließungswellen bei Forstbetrieben, Personalabbau, (versuchter) Verkauf großer Flächen an Private (Jäger), Anzeichen von Raubbau und Kahlschlag, Verteuerung der Wegbenützung für WandererInnen und Seenbenüt-

zerInnen, Naturschutz (Pflege des Bannwaldes) nur noch gegen Entgelt aus anderen Steuertöpfen.

Gefängnisse. Private Gefängnisse in Großbritannien oder in den USA sparen gerne bei Essen, Einrichtung und Wachpersonal, was zu häufigeren Tumulten (mit Toten) führt und öffentliche Polizeieinsätze erfordert, die mit Steuergeldern bezahlt werden. Um den Gewinn zu maximieren, sparen private Gefängnisbetreiber auch bei Ausbildungsprogrammen für Häftlinge. Nebeneffekt: Die Häftlinge kommen wieder – das ließe sich als strategischer Aufbau eines Stammkundenstocks lesen. In den USA sitzen zwei Prozent der erwerbsfähigen Männer hinter Gittern. Das ist ein gutes Geschäft – auch für die Politik, da Häftlinge nicht in den Arbeitslosenstatistiken aufscheinen. Die Privatisierung der Sicherheit ist in den USA schon so weit fortgeschritten, dass die Regierung auch die Folter von Häftlingen an private Sicherheitsdienste »ausgelagert« hat: schlecht für die Menschenrechte.⁶

An dieser Beispielliste wird deutlich, was passiert, wenn Allmenden in Cashcows umgewandelt werden. Die Reduktion des Unternehmenszwecks auf Betriebswirtschaft bringt eine radikale Vernachlässigung von Gemeinwohlzielen: schlechtere Arbeitsbedingungen, Stellenabbau, sinkende Investitionen in die Infrastruktur bis hin zur Gefährdung der Versorgungssicherheit, Ausschluss kaufkraftschwacher Bevölkerungsschichten oder entlegener Siedlungen von der Versorgung, weniger Umweltschutz, weniger Menschenrechte, weniger Demokratie und Mitbestimmung. Nicht mehr haben StaatsbürgerInnen Nutzungsrechte an Trinkwasser / Kommunikation / Alterssicherheit / Mobilität / Bildung / Wald, sondern KundInnen können diese »Waren« kaufen – wenn sie das nötige Kleingeld haben und falls der Markt ein Angebot macht. Aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzung ist ein Vergleich zwischen gemeinnützigen öffentlichen und gewinnorientierten privaten Unternehmungen unsinnig und unfair, was die Neoliberalen nicht davon abhält, ihn permanent strategisch einzusetzen, um öffentlich-gemeinnützige Unternehmen zu diskreditieren. »Der Staat ist ein schlechter Unternehmer« kann zutref-

fen, wenn man einen rein betriebswirtschaftlichen Maßstab anlegt. Private versagen hingegen mit Sicherheit, wenn die Erfüllung von Gemeinwohlzielen oder volkswirtschaftliche und demokratiepolitische Aspekte im Vordergrund stehen. Genau das sollte aber bei Allmenden der Fall sein.

Nun könnten wir sagen, wir machen die Privatisierungen in diesen ausgesuchten Bereichen rückgängig. Doch damit ist es nicht getan. Denn auch der Staat hat beileibe nicht alles zum Besten der Menschen gemacht, als er noch der große Versorger war. Die Mängel in den öffentlichen Betrieben reichen von Parteibuchwirtschaft über obrigkeitsstaatliche, autoritär-arrogante Beamte und schlechtes Service (auf einen Telefonanschluss musste man in Österreich monatelang warten, mit Bestechung ging es etwas schneller) bis hin zu mangelndem Umweltbewusstsein: Die öffentlichen Energieversorgungsunternehmen forcierten Stromheizungen, obwohl diese extrem unökologisch sind, nur um den Absatz und den Profit zu steigern: Staatskapitalismus vom Feinsten.

Das heißt, wir können nicht einfach zu alten Zeiten zurückkehren. Öffentliche Güter und Allmenden müssen neu gestaltet und organisiert werden, damit eröffnen wir uns breiten Spielraum für die Weiterentwicklung der Demokratie.

ALTERNATIVEN

39 Demokratisches Kleeblatt statt neoliberalen Zwilling

Der erste Schritt ist die Auswahl von Gütern und Dienstleistungen, die nicht nach den Regeln des Wettbewerbs und der Profitlogik organisiert werden sollen. Dazu könnten zählen: das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, die Rentenversicherung, die Trinkwasser- und Energieversorgung, der soziale Wohnungsbau, der öffentliche Verkehr (Mobilität), Kommunikationsdienste (Post, Telefon, Internet), Saatgutbörsen oder der Wald. Diese und andere Bereiche sollten für alle Menschen zugänglich sein, un-

abhängig von ihrem Einkommen. Allmenden garantieren ein Minimum an Chancengleichheit und vermeiden Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung. Sie sind Ausdruck des egalitären – und liberalen – Charakters einer demokratischen Gesellschaft.

Dieser egalitäre und liberale Rechtsanspruch sollte auch darin zum Ausdruck kommen, dass die NutzerInnen freundlich behandelt werden und nicht »von oben herab«. Wer gut behandelt wird, identifiziert sich auch leichter mit öffentlichem Eigentum und kann ein Bewusstsein der Miteigentümerschaft und der verantwortlichen Mit-Nutzung entwickeln. Gut organisierte Allmenden haben das Zeug zum »Kulturgut«, sie stiften sozialen Zusammenhalt und Identität. Und sie bieten eine Quelle für kollektiven Stolz. Die Menschen in Deutschland oder Österreich könnten dann vielleicht etwas weniger auf Ereignisse stolz sein, die sie über andere erheben, wie zum Beispiel besonders tolle SchifahrerInnen oder Exportüberschüsse (zulasten anderer). Stattdessen könnten sie sich gut funktionierender Gemeinschaftsgüter erfreuen: »Wir haben einen topmodernen Bahnhof«, »unser Trinkwasserbetrieb versorgt alle Haushalte mit bester Qualität«, »an unseren Universitäten können alle studieren«. Mit sozialen Ereignissen, Auszeichnungen und Verbandsgründungen können die Nicht-Selbstverständlichkeit und der Wert dieser öffentlichen Versorgungseinrichtungen im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden. Wasser, Energie, Bildung oder der öffentliche Verkehr eignen sich hervorragend für feierliche Gemeinschaftsakte.

Gefeiert werden sollten dabei allerdings nicht die PolitikerInnen, sondern die Menschen, die die öffentlichen Bereiche gestalten. Voraussetzung dafür ist die radikale Demokratisierung der Allmenden – durch die Einbeziehung der StaatsbürgerInnen in sämtliche Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse. Das könnte so aussehen: Die Leitungen der Unternehmen werden hinkünftig nicht wie bisher nur vom öffentlichen Eigentümer beschickt, sondern zu gleichen Teilen vom öffentlichen Eigentümer, den Beschäftigten, den VertreterInnen der NutzerInnen und einem Gender-Gremium. Dieses »Vierer-Kleeblatt« hätte mehrere Vorteile. Die VertreterInnen der öffentlichen Hand achten so wie

heute auf die betriebswirtschaftliche Vernunft, sie erfüllen also genau jene Aufgabe, die heute im Shareholdervalue verabsolutiert wird. Die BeschäftigtenvertreterInnen achten auf vorbildliche Arbeitsbedingungen, auf soziale Absicherung und auf innovative Arbeitszeitmodelle (zum Beispiel 20-Stunden-Woche, Sabbaticals et cetera), setzen gesamtwirtschaftliche Maßstäbe und zeigen dem privaten Sektor den Weg vor. Dieses »Gespann« – der öffentliche Sektor geht voran, der private Sektor rückt nach – funktionierte in den Sechziger- und Siebzigerjahren recht gut. Seit der neoliberalen Revolution in den Achtzigerjahren geht es in die Gegenrichtung: Die Vorzüge des öffentlichen Sektors werden nun als »Privilegien« diffamiert und mittels inszenierter Neidkampagnen abgeräumt. Denjenigen, denen es ein bisschen besser geht, soll es jetzt genauso schlecht gehen wie den anderen, anstatt umgekehrt. Das Problem: Tatsächliche Fälle ungerechtfertigter Privilegien haben den Neoliberalen erst die geeignete Angriffsfläche geboten, den gesamten öffentlichen Sektor zu diskreditieren.

Im neuen Modell stünden aber die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der in den Allmenden Beschäftigten unter den Argusaugen der Öffentlichkeit, sodass zwar eine vorbildliche, aber keine vorrechtliche Situation geschaffen werden kann. Diese Kontrollfunktion übernehmen – neben dem »Management« – die VertreterInnen der Bevölkerung (und SteuerzahlerInnen), denn sie haben einerseits ein ähnliches Interesse wie das Management: die möglichst sparsame Verwendung der öffentlichen Gelder. Allerdings, und das ist der große Unterschied zu einem privaten Partner, haben sie daneben ganz andere Interessen: höchstmögliche Qualität und flächendeckende Versorgung und Versorgungssicherheit. Das bedeutet, dass sie ihr finanzielles Effizienz-Interesse stets abwägen werden mit Qualitäts-Interessen und von daher nicht auf eine Minimierung von Beschäftigten und deren Entlohnung drängen werden, sondern auf ausreichende Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen und hohe Motivation. Motivation ist vielleicht das, was in den letzten Jahren am erfolgreichsten zerstört wurde. Durch ständiges Umstrukturieren, Reorganisieren, durch Personalabbau, Lohndrückerei, Kündigen

und Zurückleasen über Personalverleihfirmen sowie durch mediale Diffamierung wurde den öffentlich Bediensteten stark zuge-
setzt. Die Inkompetenz der neoliberalen Gesellschaft in Sachen
Solidarität wurde hier sehr deutlich.

Die wichtigste Aufgabe der – gewählten – VertreterInnen ist
die Verbindung des »Betriebs« mit der Bevölkerung, mit den Nut-
zerInnen. Sie erkunden deren Bedürfnisse und lassen sie als per-
manente Innovation in die Unternehmensentwicklung einflie-
ßen. Versäumen sie dies, werden sie abgewählt. Die Demokratie
ist erst am Anfang und kein Fertiggericht. Sie bedarf einer per-
manenten Weiterentwicklung und Verfeinerung. Der »demos«,
das Volk, darf sich ruhig nicht nur im Parlament, sondern auch in
der Leitung von Post, Bahn, Telefon, Wasserversorgung und Bil-
dungssystem wiederfinden. Dann könnten die »Volksunterneh-
men« zum Volk kommen, um nach den idealen Intervallen und
Anschlüssen von Bussen zu fragen; dann würde das Breitband-In-
ternet ganz selbstverständlich überallhin verlegt und nicht nur in
Ballungsräume. Dann gehören die Schlangen vor den Post- und
Bahnschaltern der Geschichte an. Service geht vor Profit.

In den Zeitungen, im Grunde selbst öffentliche Güter, könn-
ten eigene Seiten für Allmenden eingerichtet werden. Dort wer-
den Qualität und Service der Gemeinschaftsgüter permanent ge-
prüft und diskutiert, mit NutzerInnen-Berichten und Ideenwett-
bewerben. Derzeit scheint nur von Interesse, ob die Deutsche
Bahn oder die Österreichische Post einen Gewinnrekord erzielt
und ein neues Dividendenmaximum ausschüttet. Eine triste Welt.

Das Gender-Gremium hat zwei Aufgaben: Zum einen über-
wacht es die Gleichbehandlung von Frauen und Männern inner-
halb des Betriebes. Es achtet auf Chancengleichheit, auf gutes
Betriebsklima und ahndet Sexismen, Stalking, gender-motivier-
tes Mobbing und Ähnliches. Zum anderen prüft es die Auswir-
kungen der Allmende-Leistungen auf Frauen und Männer in der
Gesellschaft und bastelt umsichtig an einem diskriminierungs-
freien Alltag. Auch hier wurden schon zahlreiche Fortschritte er-
zielt, von der kinderwagenfreundlichen Straßenbahn bis zum ei-
genen Frauenabteil in Zügen, doch mit professionellem Blick las-

sen sich immer weitere Feinheiten aufspüren, bewusst machen
und korrigieren – zum Beispiel die Aussage des Chefs der Wiener
Städtischen Versicherung (*Kapitel Börsen auf euren Platz!*). Die
Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas und die Beseitigung
von (subtilen) Diskriminierungen und Gewaltsituationen sind das
– in Geld nicht darstellbare – Ziel dieses Gremiums.

Während das Management durch ein transparentes Aus-
schreibungsverfahren bestellt wird, werden die anderen drei
»Fraktionen« gewählt. Die BeschäftigtenvertreterInnen verfügen
über das bewährte System der Betriebsratswahlen, das auch für
die Entsendung in die Unternehmensleitung genutzt werden
kann. Die »neuen« Stakeholder müssten hingegen in einem ganz
neuen Verfahren gewählt werden. Denkbar wäre, dass sich aus al-
len Interessierten NutzerInnen-Räte bilden, aus deren Kreis
dann VertreterInnen gewählt werden. Auf kommunaler Ebene
gibt es schon Erfahrung mit Direktdemokratie, zum Beispiel in
der Trinkwasserversorgung. Herausfordernder ist die Einrich-
tung von Allmenden auf bundesstaatlicher Ebene: Gesundheit,
Post, Bahn, Strom, Telefon, Internet. Viele Wahlen würden einiges
an öffentlicher Aufmerksamkeit bedeuten, das ist aber auch gut
so. Es geht um wesentliche soziale Einrichtungen und um Politik,
die alle betrifft. Genau das ist ja der Vorwurf an neoliberale, staats-
bürgerInnenferne oder obrigkeitsstaatliche Politik: dass sie abge-
hoben und menschenfern agiert. Hier kommt die Gesellschaft ein
Stück weit »zu sich selbst«.

Solch eine Neuorganisation von Allmenden bringt viele Vor-
teile. Zum einen wächst in der Bevölkerung das Gefühl, dass die
Unternehmen nicht nur »öffentlich« sind, sondern wirklich allen
gehören und alle auch mitbestimmen können. Jede und jeder
kann sich engagieren und kandidieren. Damit wächst gleichzeitig
das Vertrauen in die Demokratie, das derzeit systematisch durch
Sachzwang-Rhetorik, Standortwettbewerb und übermächtige
Konzerne geschwächt wird. Es entsteht so auch ein neues Ver-
ständnis von Politik. Politik ist nicht etwas, was andere für uns
machen, sondern Politik ist umso besser, je mehr wir sie selbst
machen. In der Allmende finden Politik und Demokratie zueinan-

der Menschen können auf lokaler Ebene Politikerfahrung sammeln und sich für Ämter mit komplexerer Verantwortung bewähren: Zudem eignen sich Allmenden par excellence für politische Karrieren außerhalb des Parteienspektrums.

Der vielleicht wertvollste Effekt demokratisch organisierter Allmenden ist die Politisierung: dass Menschen sich wieder für das Gemeinwesen, für öffentliche Angelegenheiten interessieren. Damit werden politische Ohnmachtgefühle – die derzeit zu destruktiven oder depressiven Verhaltensmustern führen – in konstruktive Energien umgewandelt. Mitgestaltung und die Übernahme demokratischer Verantwortung tragen zur Stärkung einer Gemeinschaft bei. Sie machen die Menschen zu Citoyens und sind die Essenz der Demokratie.

Mit wachsender Politisierung und an Profil gewinnender Demokratie fällt auch Schritt eins wieder leichter: Welche Güter sind öffentlich? Welche Leistungen gestalten wir als Allmenden? Gehört der Wohnbau dazu, die Abfallwirtschaft? Sobald in einigen unstrittigen Bereichen begonnen wird – Trinkwasserversorgung, Bildung, Gesundheitsversorgung –, wird sich dieser Geist von selbst ausbreiten und seine Grenzen finden.

Das »Kleeblatt« wäre das genaue Gegenteil des aktuellen Trends, nämlich die öffentliche Hand um einen privaten Partner zu »bereichern«. Die Grundidee von »Public Private Partnerships« (PPP) klingt verlockend: Der öffentliche Partner bringt die Gemeinwohlverantwortung ein, der private das betriebswirtschaftliche Know-how und die »Effizienz«. In der Realität läuft es oft nicht ganz so symbiotisch ab. Während die Kooperation mit einem lokalen Bus- oder Abfalltransportunternehmen noch gut gehen kann, tauchen chronisch Probleme auf, wenn globale Aktiengesellschaften auf den Plan treten. Ihr Ziel ist die Maximierung des Profits, deshalb versuchen sie erfahrungsgemäß, sich vor der Erfüllung der Gemeinwohlziele zu drücken. Der öffentliche Partner geht bis zu einer Schmerzgrenze mit. Der private Partner hat bei diesem »Spiel« in der Regel die besseren Karten und kann hoch pokern, weil die öffentliche Hand nicht an einer

Vertragsauflösung interessiert ist. Dies würde erstens den Betrieb gefährden; zweitens ist nicht gewährleistet, dass ein besserer privater Partner gefunden wird, der weniger hart und kompromisslos agiert. Ein typisches Beispiel: Die privaten Partner in der Trinkwasserversorgung versprechen im Vertrag zahlreiche Leistungen, denen sie dann nicht nachkommen, etwa die Errichtung von Infrastruktur. Fordert der öffentliche Partner die Erfüllung der Vertragspflichten, sagen die Privaten, sie könnten das schon tun, nur müssten dafür die Tarife erhöht werden ...

Der Widerspruch zwischen Gewinnorientierung und Gemeinwohl führt zu permanenten Zielkonflikten. Am schwerwiegendsten ist aber, dass es durch PPP um nichts demokratischer wird, im Gegenteil: Der Einfluss der öffentlichen Hand wird stark geschwächt und die Bevölkerung wird erst gar nicht gefragt. Die Demokratie ist somit der große Verlierer des »neoliberalen Zwilings« PPP.

Für die Finanzierung der Allmenden ist ausreichender volkswirtschaftlicher Reichtum vorhanden. Ökonomisch wäre es nur vernünftig, die wachsenden Kapitalüberschüsse durch Besteuerung in sinnvolle Investitionen zu lenken. In Allmenden werden wertvolle Arbeitsplätze geschaffen, die einerseits die Umwelt nicht zerstören und andererseits die Gesellschaft und die Demokratie voranbringen. Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich (Verbesserung der Pflege- und Betreuungsqualität), Bildungswesen (Entwicklung emotionaler und sozialer Kompetenz), in der Regionalentwicklung (Nahversorgungsbeauftragte, lokale EnergiemanagerInnen), im öffentlichen Verkehr (Flächenbahn, MobilitätsmanagerInnen), im KonsumentInnenschutz (Rechtshilfe, Ombudsfrauen und -männer) sowie AbfallvermeidungsberaterInnen, urbane Komposteure oder was immer den Menschen wichtig ist. Diese Berufe wären Sinn stiftend, sie würden die Arbeitslosigkeit kräftig senken und die Nachfrage – auf ökologisch verträgliche Weise – stimulieren und somit die »deutsche Krankheit« effektiver und schneller heilen als Steuersenkungsprogramme für Großkonzerne oder Sozialabbau für die Massen.

Ein kurzer Vergleich mit Skandinavien kann vielleicht die Augen öffnen. In Deutschland und Österreich gilt der öffentliche Sektor als zu groß. Öffentlich Bedienstete gelten als ineffizient und unproduktiv, unabhängig davon, ob sie Reisepässe ausstellen oder Spitzenmedizin anbieten. Es gilt die neoliberale Regel: Je weniger öffentlich Bedienstete, desto besser. Folglich jagt eine »Verwaltungsreform« die nächste. Österreich möchte bis 2010 weitere 15 600 öffentlich Bedienstete abbauen. Der Vergleich mit Skandinavien macht unsicher: Während in Österreich der öffentliche Sektor 13 Prozent aller Arbeitsplätze schafft und in Deutschland elf Prozent, sind es in Finnland 26 Prozent, in Dänemark 30 Prozent und in Schweden sogar 32 Prozent, also jeder Dritte.

Gemäß der gültigen neoliberalen Logik müssten die skandinavischen die verstaubtesten, ineffizientesten, lahmsten und am höchsten verschuldeten Länder der Welt sein (sie haben wie berichtet die höchsten Staatsquoten und Steuersätze der Welt). Doch oh Wunder, die Realität sieht anders aus: Die skandinavischen Länder haben seit Jahren ein höheres Wachstum, eine niedrigere Arbeitslosigkeit, eine niedrigere Inflation und eine niedrigere Verschuldung als die Euro-Zone. Zudem haben sie alle drei Budgetüberschüsse. Und als Draufgabe die niedrigsten Armutsraten der Welt und die größten Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter. Sie sind den Werten einer liberalen Demokratie deutlich näher als die spareifrigen EU-Länder. Diese Fakten seien den Neoliberalen ins Stammbuch geschrieben.

40 GAPS statt GATS

Weltweit leisten lokale BewohnerInnen Widerstand gegen Privatisierung und Liberalisierung. Aus zahlreichen Ländern wurden private Trinkwasserkonzerne regelrecht hinausgeworfen: Cochabamba, El Alto, Tucumán, Buenos Aires. Auch die Experimente in Manila, Atlanta, Potsdam und Grenoble scheiterten. In El Salvador verhinderte eine BürgerInnenfront die Privatisierung des Gesundheitswesens, die Bevölkerung von Uruguay entschied sich in